

«Wir arbeiten erstaunlich in Bezug auf die

Die AHV setze Fehlanreize bei der Kinderfrage, es brauche Reformen bei der zweiten Säule und dringend eine Pflegeversicherung. Das sagt Veronica Weisser, Vorsorgespezialistin der UBS. **Von Sandra Willmeroth**

NZZ am Sonntag: Frau Weisser, Sie sind Anfang 40 und beschäftigen sich von Berufs wegen mit dem Thema Vorsorge. Sollten sich alle schon in dem Alter mit der Vorsorge befassen? Viele denken, dass sich bis zur Rente noch alles ändern könnte...

Veronica Weisser: Gerade weil sich noch viel verändern wird, sollten sich junge Personen intensiver mit dem Thema beschäftigen. Die Annahme, dass es mit der eigenen Rente schon gut rauskommen wird, weil es bei den Eltern und Grosseltern mit der Rente geklappt hat, ist gewagt. Denn die demografischen Herausforderungen sind enorm und so noch nie da gewesen. Für junge Menschen empfiehlt es sich daher, sich aktiver und früher um ihre Vorsorge zu kümmern.

Wie früh?

Ich empfehle jeder Person vom ersten Erwerbseinkommen an monatlich 10 bis 15% des Lohns zu sparen und diversifiziert in Aktien anzulegen. Wer das macht und keine allzu langen Erwerbspausen einlegt, ist aus finanzieller Sicht bestens auf die längsten Ferien des Lebens vorbereitet.

Die Lebenserwartung steigt. Liegt es da nicht nahe, das Renteneintrittsalter anzuheben? Andere europäische Staaten peilen das Alter 70 oder 74 an...

In Bezug auf die Lebensdauer arbeiten wir tatsächlich erstaunlich wenig. Wir haben mal ausgerechnet, wie viele Tage unseres Lebens wir in der Schweiz einer Erwerbsarbeit durchschnittlich nachgehen. Was würden Sie schätzen, wie viel arbeiten wir?

Ich würde mal sagen, wir verbringen 40% unseres Lebens mit der Arbeit.

Das schätzen die meisten Menschen so ein. Es sind durchschnittlich jedoch nur 26%. Ein Akademiker verbringt am Anfang des Lebens 25 Jahre in Ausbildung und am Ende des Lebens gut 25 Jahre in Rente. So sind wir schon bei 50 Jahren der Nichterwerbstätigkeit. Rechnen wir die Wochenenden und Ferientage während der Erwerbsjahre hinzu, sind wir bei etwa 65 Jahren, in denen wir nicht arbeiten.

Insofern wäre eine Erhöhung des Rentenalters legitim, aber nicht durchsetzbar?

Heute sind zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler über 50 Jahre alt. Wenn der Grossteil der Babyboomer in Rente ist, also ab 2032 herum, wird es vermutlich einfacher, das Rentenalter anzuheben. Umfragen zeigen, dass diejenigen, die vorher gegen eine Anhebung des Rentenalters waren, später, also wenn sie die 65 überschritten haben und selbst berentet sind, zur Sicherung der eigenen Rente mehrheitlich für eine Anhebung stimmen.

Was halten Sie für angemessen?

Man könnte das Rentenalter an die Lebenserwartung koppeln, wie es beispielsweise die Renteninitiative vorschlägt. Damit wären die Finanzierungsprobleme der AHV gelöst. Man würde die AHV langfristig sogar etwas überfinanzieren, was es ermöglichen würde, eine soziale Abfederung einzubauen und den Menschen, die besonders früh in den Arbeitsmarkt eintreten und einen tiefen Lohn beziehen, erlauben, sogar früher als heute in Rente zu



«Rentenalter an die Lebenserwartung koppeln.» Veronica Weisser fordert Reformen. (Zürich, 1. November)

Veronica Weisser

Veronica Weisser ist Ökonomin und Vorsorgeexpertin. Sie führte verschiedene Research-, Anlage- und Führungsfunktionen bei UBS aus und leitet seit 2020 den UBS-Vorsorge-Innovation-Hub. Sie hat Ökonomie, Mathematik und Internationales Management an den Universitäten in Köln, Hamburg, Barcelona und Paris studiert und den Doktor der Ökonomie an der Uni Bern erlangt. Seit 2006 lebt sie mit ihrer Familie in der Schweiz.

gehen. Das Rentenalter ist eine kräftige Stellschraube, weil sie einen doppelten Effekt hat. Jeden Monat, den wir mehr arbeiten, spart die AHV finanziell zwei Monate: einen Monat mehr Einzahlungen und gleichzeitig einen Monat weniger Rentenkosten.

Mit der AHV-Reform ist die Mehrwertsteuer zur Querfinanzierung der AHV angehoben worden. Beurteilen Sie das als eine faire Lösung?

Bei der AHV profitieren Personen mit tiefen Löhnen von einer starken Querfinanzierung durch Personen mit hohen Löhnen, weil Letztere viel mehr einzahl-

ten, aber nicht mehr rausbekommen. Der Staatshaushalt finanziert ungefähr 28% der AHV-Ausgaben, davon stammt der grösste Teil von der direkten Bundessteuer, welche ebenfalls mehrheitlich von Personen mit höheren Löhnen finanziert wird. Bei der Mehrwertsteuer ist es umgekehrt: Personen mit tiefen Löhnen zahlen in der Regel anteilig am Einkommen mehr Mehrwertsteuer als Personen mit hohen Löhnen.

Also eine Umverteilung zugunsten der Empfänger höherer Einkommen?

Im Vergleich zu den anderen Finanzierungsformen, ja. Die wirklich grosse

Umverteilung durch die Mehrwertsteuer ist aber die Umverteilung von der jungen an die ältere Generation. Denn die Mehrwertsteuer ist eine Steuer auf den Lebenskonsum. Eine achtzigjährige Person hat mehr als 95% des Lebenskonsums mit dem tieferen Steuersatz bereits hinter sich, während ein Kind noch rund 80 Jahre vor sich hat, in denen es die höhere Mehrwertsteuer zahlen muss. Diese zusätzliche Umverteilung von Jung zu Alt ist gesellschaftlich heikel, weil die Statistiken zeigen, dass Rentner und Rentnerinnen die wohlhabendste Generation sind und seltener als alle anderen Generationen an materieller Armut leiden.

Auch mit den beschlossenen AHV-Reformen ist das Problem der Überalterung noch nicht gelöst. Welchen Lösungsansatz sehen Sie hier?

Man muss die AHV mal aus anderem Blickwinkel betrachten: Jede Generation muss in der AHV zweimal eine Leistung erbringen, einmal zur Finanzierung der Eltern und einmal, um die Kinder grosszuziehen. Im Gegenzug erhält sie auch zweimal Leistungen. Sie wird grossgezogen und im Rentenalter finanziell unterstützt. Was wir gut machen, ist die Finanzierung der älteren Generation, was wir weniger gut gemacht haben, ist Kinder grossziehen. So erhalten viele Menschen mehr aus dem Umlagesystem, als sie beitragen.

Können Sie das quantifizieren?

Wir haben das mal ausgerechnet: Der Grossteil der Versicherten ohne Nachkommen finanziert weniger als zweihunderttausend Franken in den Aufbau der nächsten Generation, aber erhält im Schnitt ungefähr siebenhunderttausend Franken von dieser Generation als AHV-Rente und etwa zweihunderttausend Franken an Umlagen in der Pflege und Gesundheit. Erst eine Familie, die zwei oder mehr Kinder grosszieht und ein gutes Einkommen erzielt, leistet in beiden Generationenverträgen genug und finanziert ungefähr so viel an der Nachfolgegeneration, wie sie später von ihr zurückerhält.

Aber man kann ja niemanden verpflichten, Kinder in die Welt zu setzen?

Ein System sollte weder Anreize setzen, Kinder zu bekommen, noch Anreize erzeugen, keine Kinder zu haben. Derzeit gibt unser System aber finanzielle Anreize, keine oder weniger Kinder zu haben, da in der modernen Gesellschaft die Vorteile der Kinder verstaatlicht wurden, während die Kosten für Kinder grösstenteils privat blieben. Zwei Systemtypen wären hingegen anreizneutral: Entweder beteiligen sich diejenigen, die keine Kinder haben, nicht mehr an den Kosten der Nachkommen und erhalten dann später auch keine Umlagen von der Kindergeneration. Oder sie beteiligen sich gleichermassen an den Kosten der Nachkommen und erhalten dann im Gegenzug auch gleichermassen die Umlagen.

Und wie können die Kinderlosen dann fürs Alter vorsorgen?

Indem sie eigenverantwortlich investieren, entweder durch Einzahlungen auf ein Vorsorgekonto oder in einen 3a-Wertschriftenfonds, oder durch ihre Erwerbstätigkeit Kapital in der zweiten Säule ansparen. Alle, ob mit oder ohne

wenig Lebensdauer»

Kinder, können so fürs Alter besser vorsorgen.

Für die zweite Säule kommt 2024 die BVG-Reform zur Abstimmung. Reichen die damit angestrebten Reformen?

Für rund 80% der Versicherten in der zweiten Säule sind die wichtigsten Reformmassnahmen bereits umgesetzt. Die meisten Vorsorgeeinrichtungen versichern weit über dem obligatorischen Minimum und haben den Umwandlungssatz schon heute unter 6% gesenkt sowie den Koordinationsabzug reduziert oder prozentual an das Arbeitspensum angepasst. Arbeitgebende und Arbeitnehmende haben die Angelegenheit somit bereits selbst in die Hand genommen und verantwortungsvoll gehandelt.

Wo sehen Sie in der zweiten Säule Optimierungspotenzial?

Die Schweizer Bevölkerung wünscht sich eine bessere Absicherung in der zweiten Säule, man möchte die tieferen Löhne noch besser versichern und die tieferen Umwandlungssätze kompensieren. Demzufolge muss man heute mehr sparen, wenn man später mehr haben möchte. Ausserdem würde ich

den gesetzlichen Umwandlungssatz abschaffen, damit die Pensionskassen genau den Umwandlungssatz zahlen können, der auch fair ist.

Das heisst?

Einen Umwandlungssatz, der reflektiert, wie die Sterblichkeit in ihrer Pensionskasse ist. Ein Dienstleistungsunternehmen hat eine tiefere Sterblichkeit als ein Unternehmen, dessen Mitarbeitende körperlich hart arbeiten. Ebenso würde ich empfehlen, die Mindestverzinsung aufzuheben. Den Zins sollte jede Pensionskasse selbst festlegen können und sich dabei daran orientieren, was sie aus eigener Kraft zahlen kann. Pensionskassen sind grundsätzlich interessiert, dass die Renditen, die sie erwirtschaften, fair verteilt werden.

Zurzeit beziehen nur rund 900 000 Menschen in der Schweiz eine BVG-Rente. Sinkt die Bedeutung der zweiten Säule?

Die Zahl kann man nicht mit den über 2,5 Millionen AHV-Rentnern vergleichen. Sehr viele beziehen keine Rente aus der zweiten Säule, weil sie sich das Kapital auszahlen lassen, vor allem Personen mit wenig Kapital, denen eine



Ich bin für eine obligatorische kapitalgedeckte Pflegeversicherung – über eine erweiterte Säule 3a oder eine vierte Säule.

kleine BVG-Rente von vielleicht 200 Franken im Monat nicht viel erscheint. Mit den gesunkenen Umwandlungssätzen und aufgrund der steuerlichen Begünstigung des Kapitalbezugs beziehen zwar immer mehr Menschen das Kapital, aber leider müssen einige von ihnen später, wenn die AHV-Rente allein doch nicht reicht, Ergänzungsleistungen in Anspruch nehmen, insbesondere dann, wenn sie pflegebedürftig werden. Das wird unser System in den nächsten Jahrzehnten massiv belasten. In Zukunft wird die Anzahl Personen, die vom Staat gepflegt werden muss, überproportional ansteigen.

Warum überproportional?

Weil in den kommenden Pflege-Generationen die Menschen häufiger alleinstehend sind, sei es durch Scheidung oder weil sie nie verheiratet waren. Daher wird die Pflege teurer, denn Verheiratete pflegen und unterstützen sich in der Regel so lange wie möglich gegenseitig.

Was dann zulasten der Wohngemeinde und des Kantons fallen wird?

Eine schwer pflegebedürftige Person kann die Gemeinde und den Kanton bis zu 100 000 Franken im Jahr kosten. Das ist für einige Gemeinden schon heute kaum finanzierbar. Und wenn diese Personen vorher finanziell relativ gut gestellt waren und von ihrem ausgezahlten PK-Vermögen vielleicht erst noch ein paar Weltreisen gemacht haben, sehe ich das problematisch.

Wäre eine obligatorische Pflegeversicherung eine Lösung, wie sie andere Länder eingeführt haben?

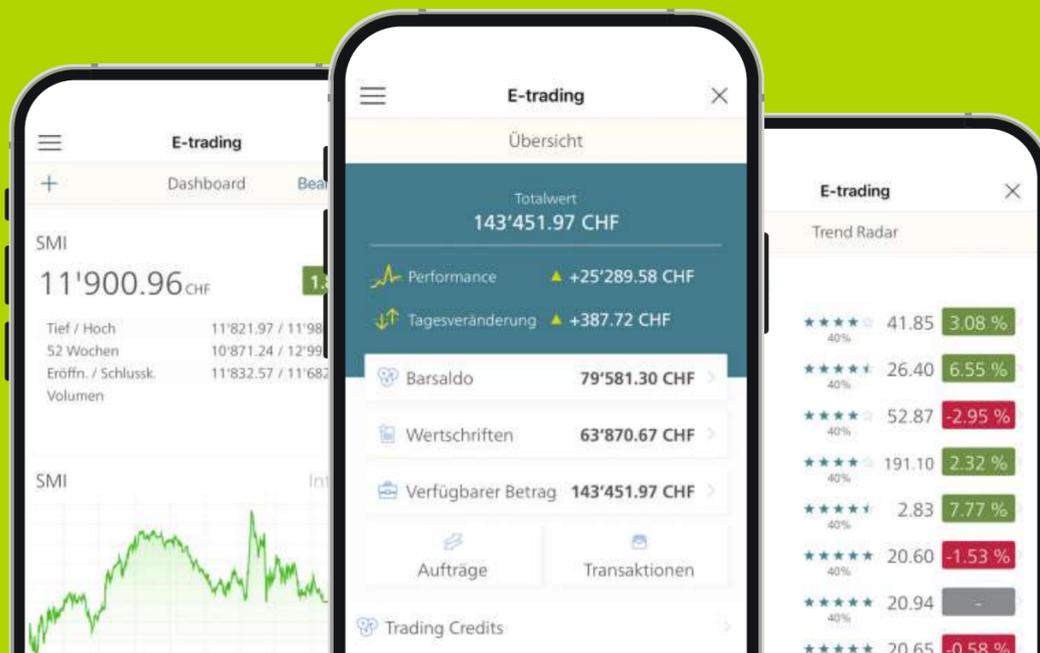
Durchaus, ich bin für eine erweiterte Säule 3a oder für eine zusätzliche vierte Säule, mit der eine obligatorische kapitalgedeckte Pflegeversicherung eingeführt wird.

Wie könnte die aussehen?

Die Einzahlungen blieben steuerlich begünstigt und würden angelegt. Das Kapital darf im Rentenalter nicht aufgelöst werden, sondern steht bis ans Lebensende für den Pflegebedarf zur Verfügung. Wenn es nicht genutzt wird, kann es vererbt werden. Da die meisten Pflegekosten erst ab dem 80. Lebensjahr anfallen, kann das Pflegekapital nach Erreichen des Rentenalters noch gut 15 bis 20 Jahre angelegt bleiben und Renditen erzielen. Dadurch finanziert der Kapitalmarkt einen bedeutenden Teil der Pflege mit, und unsere Nachkommen werden entlastet.

Ihre Studien und Ihre berufliche Tätigkeit führte sie in andere Länder. Was nehmen Sie davon mit?

In anderen Ländern wie beispielsweise im angelsächsischen Raum, wo es nicht einen so mächtigen «Vater Staat» gibt wie in der Schweiz, übernehmen die Bürger mehr Eigenverantwortung – auch in der Vorsorge. Die Menschen fahren zum Beispiel seltener in die Ferien, stattdessen sparen und investieren fast alle, die können, mehr für das Alter. Die Vorsorge fürs Alter hat dort generell einen höheren Stellenwert.



Weniger zahlen,
mehr handeln.
Ist doch ganz normal.

Bis zu 40% Courtagen-Rabatt
auf ausgewählte Produkte.
postfinance.ch/gesponserte-trades

PostFinance